

Antrag: **Initiativantrag**
Antragsteller: Bezirksvorstand
Adressat:
Betr.: Grundsatzprogramm

Das Richtige tun

Vorbemerkungen

Die SPD hat die Diskussion um ihr neues Grundsatzprogramm nach der Unterbrechung durch die vorgezogene Bundestagswahl wieder aufgenommen und durch die von Kurt Beck vorgestellten Leitsätze in eine Form gegossen. Die Jusos müssen bei dem nun stattfindenden Diskussionsprozess, der bis zum Beginn des nächsten Jahres geführt werden soll, ihre Verantwortung für eine linke Ausrichtung der Partei annehmen und ihre Positionen frühzeitig einbringen und diskutieren, um hier von Anfang an Schwerpunkte zu setzen und sich nicht hinterher allein am SPD-Entwurf abarbeiten zu müssen.

In der Zeit seit dem Berliner Programm haben sich die politische Ausgangslage, unsere Gesellschaft und selbst unsere Partei an wichtigen Punkten verändert, so dass eine neue programmatische Ausrichtung der Partei wichtig und richtig ist. Wichtig ist aber auch, von Anfang an deutlich zu machen, dass viele Ansätze und Ideen des Berliner Programms heute nach wie vor Gültigkeit besitzen und auf ihre politische Umsetzung warten. So muss das Rad hier nicht komplett neu erfunden werden – vielmehr muss es darum gehen, die Richtung der Partei an den Stellen zu definieren und festzusetzen, wo – vor allem auch durch die Handlungen in der Regierungsverantwortung – deutliche Fehlentwicklungen wahrzunehmen sind. Es kann nicht darum gehen, die programmatische Ausrichtung der Partei nun in das Agenda-2010-Konzept zu zwingen (das würde unserer linken Volkspartei mit ihrer über 143-jährigen Geschichte wahrlich nicht gerecht), sondern es muss darum gehen, durch das neue Programm die Handlungsmaximen

24 für die politische Arbeit in der Regierung aufzuzeigen. Nur so kann die sozialdemokratische
25 Handschrift im politischen Handeln – gerade in einer großen Koalition – wieder erkennbar
26 werden.

27 Dazu müssen die Jusos ihre Definition für die in den politischen Leitsätzen der Partei vorgestellten
28 und vielfach unbestimmten Begriffe (wie etwa „Vorsorgender Sozialstaat“) nach außen tragen,
29 um nicht leere Worthülsen entstehen zulassen, die dann im politischen Alltagsgeschäft nach
30 Belieben ausgelegt werden können. Inhaltliche Beliebigkeit darf nie Einzug in ein
31 sozialdemokratisches Grundsatzprogramm halten!

32
33 Die folgenden Positionen können keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben und es kann
34 grundsätzlich nicht Sinn der Juso-Arbeit sein, ein Alternativ-Programm zu erarbeiten. Vielmehr
35 muss es uns darum gehen, bei den strittigen Punkten Position zu beziehen. So sollen in diesem
36 Papier die strittigen Punkte der Diskussion um das neue Grundsatzprogramm aufgenommen und
37 für uns definiert werden.

38

39

40

41 **Grundsätzliches**

42

43 Das Ziel Sozialdemokratischer Politik ist es, den gesellschaftlichen Rahmen zu schaffen, damit
44 jede und jeder die Möglichkeit hat sich ihren/seinen Bedürfnissen und persönlichen Zielen gemäß
45 zu entwickeln.

46

47 Dies setzt voraus, dass alle Menschen die gleichen Chancen erhalten, an Bildung, am
48 Erwerbsleben und an politischen Entscheidungen teilzuhaben. Dazu ist besonders erforderlich,
49 dass soziale Gerechtigkeit, ökologische Verträglichkeit, Chancengleichheit und demokratische
50 Teilhabe miteinander verbunden werden.

51

52 Diese Zielsetzung erfordert politische Alternativen und eine andere Weltwirtschaftsordnung. Denn
53 nicht die Globalisierung an sich ist das Problem, sondern die Globalisierung einer neoliberalen
54 Ideologie, die nur den Markt als Ordnungsschema für alle Lebensbereiche durchsetzen will.

55

56

57 Das Ergebnis dieses radikalen Marktliberalismus ist – entgegen aller Versprechungen – nicht
58 weniger, sondern mehr Arbeitslosigkeit, mehr Ungleichheit und zunehmende soziale
59 Verwahrlosung. Staaten machen sich auf in einen Dumpingwettbewerb um Sozialabbau und
60 Steuerreduzierung, und betreiben damit ihren eigenen Bedeutungsverlust.

61
62 Es gibt eine Alternative. Sozialdemokratie bedeutet Politik für eine nachhaltige Weltordnung, die
63 die Ziele des materiellen und emotionalen Wohlstandes für alle, der gerechten Verteilung
64 zwischen Arm und Reich, die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Lebenslagen
65 sowie den achtsamen Umgang mit der Natur als Basis der Lebensgrundlagen miteinander
66 verbindet.

67
68 Diese Politik zielt darauf ab, die Globalisierung ökologisch, emanzipativ, sozial und demokratisch
69 zu gestalten. Das heißt auch, dem offenen Weltmarkt innere Grenzen zu setzen. Die Richtung
70 dieser Gestaltung ist die ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Die Inhalte dieser
71 Politik müssen auf allen politischen Ebenen von der kommunalen bis hin zur europäischen Ebene
72 und den weltweiten Institutionen, insbesondere WTO, IWF und Weltbank, durchgesetzt werden.
73 Dazu bedarf es handlungsfähiger europäischer und weltweiter Gewerkschaftsorganisationen.
74 Die SPD als traditionell sehr gewerkschaftsnahe Volkspartei wird sich diesbezüglich einsetzen.

75

76

77

78 **Arbeit**

79

80 Während das Berliner Programm noch von der Vollbeschäftigung als Ziel sozialdemokratischer
81 Politik sprach, müssen wir erkennen, dass es in dem kapitalistischen System, in dem wir leben,
82 selbst bei anhaltendem Wirtschaftswachstum keine Vollbeschäftigung mehr geben wird. Dies liegt
83 nicht daran, dass etwa die Steuern für Unternehmen zu hoch wären oder der Faktor Arbeit in
84 Deutschland zu teuer wäre. Vielmehr ist es systemimmanent begründet: Damit der Kapitalismus
85 funktioniert, muss es ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit geben – nur so bekommt man die
86 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jeden Tag an die Arbeit und hält berechnete
87 Lohnforderungen im Zaum.

88

89

90 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen uns daher im Klaren sein, dass das
91 bisherige System, wie mit Menschen, die keine Erwerbsarbeit haben, umgegangen wird – und
92 welches in dieser Form leider von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entwickelt wurde –
93 fehl geht. Der von Teilen der ehemaligen Führungsspitze propagierte Ansatz, dass in Deutschland
94 prinzipiell genug Arbeit vorhanden sei, diese nur nicht gemacht werden will ist sowohl falsch wie
95 menschenverachtend. Er lässt zwei maßgebliche Gesichtspunkte außer Acht: Zum einen gibt es in
96 Deutschland im Moment und künftig zunehmend für bestimmte Gesellschaftsgruppen keine
97 Erwerbsarbeit. Dieser fundamentalen Wahrheit muss man sich stellen. Da es nicht ausreichend
98 Erwerbsarbeit für alle gibt, darf man somit auch nicht zu dem Schluss kommen, dass diese
99 Menschen sich der Arbeit entzögen. Somit ist es dann auch falsch, sie zur Arbeit zwingen zu
100 wollen. In dem kapitalistischen System, in welchem wir leben, hat die Wirtschaft kein Interesse
101 daran, für alle ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen, denn die Angst vor der Arbeitslosigkeit ist
102 es, welche die Menschen „freiwillig“ länger, härter und für weniger Geld arbeiten lässt. Zumal es
103 auch noch sehr die Frage ist, ob wir uns auch unter ökologischen Gesichtspunkten ein ständiges
104 Wirtschaftswachstum überhaupt wünschen.

105
106 Wer aus diesem Teufelkreis ausbrechen will, muss das System ändern. Da der Demokratische
107 Sozialismus als Ziel zwar in der Ferne steht, aber auch dauernde und aktuelle Aufgabe ist, müssen
108 wir Lösungen finden, die bereits heute umsetzbar sind. Hier wäre ein allgemeines
109 Grundeinkommen („Bürgergehalt“) ein wichtiger und richtiger Schritt. Ab dem Zeitpunkt seiner
110 Geburt bis zu seinem Tod bekommt jeder Bürger und jede Bürgerin vom Staat ein Einkommen.
111 Danach hätte er/sie dann keine Ansprüche mehr gegen den Staat. Angesichts der immer
112 schwächer werdenden Integrationskraft des Arbeitsmarktes und in fortdauernder Ermangelung
113 Existenzsichernder Arbeitsplätze kann es sozialstaatlich nicht länger relevant sein, ob der
114 Bürger/die Bürgerin einer Erwerbsarbeit nachgeht oder erwerbslos ist. Von seinem/ihrer
115 Grundeinkommen muss jede/r in der Lage sein, seine/ihre Unterkunft, Verpflegung und Kleidung
116 und weitere soziale und kulturelle Grundbedürfnisse bezahlen zu können. Der Zugang zu jeder
117 Form von Bildung muss kostenfrei werden. Nur so wäre jeder Mensch frei zu entscheiden, ob er
118 versuchen möchte, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, um einen Lebensstandard weiter zu
119 verbessern oder ob er sich etwa ehrenamtlich engagieren will. Auf diese Weise könnte auch die
120 viel beschworene zivile Bürgergesellschaft befördert werden.

121

122

123 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten heißt dieser Vorstoß nicht nur die Befreiung
124 der bisher auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesenen Menschen von der Ausbeutung,
125 sondern auch endlich eine solide Absicherung des Sozialstaatsprinzips wie der libertären
126 Gesellschaftsidee. So kann das sozialdemokratische Menschenbild des Berliner Programms, vor
127 allem sein Selbstbestimmungsrecht [II. 1., S. 7 f.] sowie unser dort umrissenes Gesellschaftsziel,
128 die solidarische, klassenlose Gesellschaft [IV. 1., S. 21 f.] konsequent und der neuen Zeit gemäß
129 fortentwickelt werden.

130

131

132

133 **Soziales und Gesundheit**

134

135 Im Bereich der sozialen Sicherungssysteme muss sich der Nutzen für den Einzelnen an seinem
136 Bedarf und die Lastenverteilung an der persönlichen Leistungsfähigkeit orientieren. Nach diesem
137 Prinzip wollen wir die sozialen Sicherungssysteme für Erwerbstätige und Nicht - Erwerbstätige
138 umgestalten.

139

140

141 Gesundheitswesen: Wir fordern die zügige Umsetzung des von uns entwickelten Konzeptes einer
142 Solidarischen Bürgerversicherung, die

143

144 - alle mit dem gleichen Anteil ihrer sämtlichen Einkünfte zur Finanzierung heranzieht und
145 damit gerecht die Lasten verteilt. Zugleich wird die Entlastung kleiner und mittlerer
146 Einkommen die volkswirtschaftliche Binnennachfrage stärken; sowie einen angemessenen Teil
147 der so genannten Kosten des volkswirtschaftlichen Faktors Arbeit auf den
148 volkswirtschaftlichen Faktor Kapital umverteilen;

149

150 - alle notwendigen, zweckmäßigen und wirtschaftlich effizienten Leistungen zur Erhaltung
151 und Wiederherstellung der Gesundheit sicherstellt;

152 - auch den Bereich der Pflege solidarisch trägt und weiterentwickelt.

153

154

155

156 *Altenpolitik:* Handlungsmaxime in diesem Bereich ist die Solidarität der Generationen und nicht
157 etwa die Frage nach Generationengerechtigkeit! Wir freuen uns über die Tatsache, dass in
158 unserem Land Menschen länger gesund bleiben und immer älter werden. Ältere Menschen dürfen
159 nicht zum alten Eisen gezählt werden, sondern die Wirtschaft muss – wie wir dies innerparteilich
160 schon immer verstanden haben – einsehen, dass gerade die Erfahrung der Älteren als hohes Gut
161 zu begreifen ist. Der so genannte „Demographische Wandel“, steigende Lebenserwartung und
162 neue Selbstbilder der älteren Generation erfordern einen neuen Handlungsrahmen des Staates. Wir
163 müssen die Kommunen in Deutschland auffordern und dabei unterstützen, kommunale
164 Altenplanung analog der Jugendhilfeplanung zu erstellen und umzusetzen.

165
166 Für uns gilt: jede und jeder hat das Recht, ihren/seinen Lebensabend ohne Angst vor materieller
167 Not entgegensehen zu können. Daher werden wir das Konzept einer gemeinschaftlichen
168 Lastentragung, wie wir es in der Solidarischen Bürgerversicherung demonstriert haben, unter
169 Berücksichtigung einer angemessenen Leistungsabhängigkeit, auch für den Bereich der
170 Alterssicherung entwickeln.

171
172 *Menschen mit Behinderung:* Wir treten für das umfassende Selbstbestimmungsrecht von
173 Menschen mit geistigen, körperlichen und seelischen Beeinträchtigungen ein. Wir favorisieren die
174 ambulante Versorgung vor stationärer Unterbringung bei Menschen mit Behinderung.

175
176 *Kinder:* Kinder sind unsere Zukunft. Sie haben einen Anspruch auf unsere uneingeschränkte
177 Förderung und Schutz. Dazu gehört auch, dass dringend die Übernahme der Konvention der
178 Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte des Kindes in unmittelbar geltendes Recht erfolgt.

179
180 *Familie:* Die so genannte Kernfamilie hat sich im Zeitalter der „Patchwork-Family“ überholt. Wir
181 treten für einen modernen Familienbegriff ein: Wenn Erwachsene gemeinsam mit Kinder leben,
182 befinden sie sich in einer Familie. Dies gilt für heterosexuelle sowie für homosexuelle Eltern
183 gleichermaßen.

184 Kinder bedeuten auch heute in Deutschland ein Armutsrisiko. Dies ist gerade in einem der
185 reichsten Länder der Welt ein unerträglicher Zustand. Ein allgemeines Grundeinkommen könnte
186 hier – im Gegensatz zum Elterngeld – deutlich Abhilfe schaffen.

187

188

189 Der „vorsorgende Sozialstaat“

190
191 Die Idee des sog. „vorsorgenden Sozialstaats“ ist nicht neu. Die Sozialdemokratie hat den
192 Sozialstaat immer als Partner der Menschen begriffen, der ihnen die Möglichkeit der eigenen
193 Entwicklung und Gestaltung ihres Lebens gibt, der ihnen aber auch Sicherheit gibt. Dass die
194 Prävention hier der späteren Unterstützung vorgeht, ist von jeher fest im Staatsverständnis der
195 Sozialdemokratie verankert. Prävention hieß immer Zugang zu Bildung, Ausbildung und
196 Weiterbildung. Hierdurch sollte der Mensch die Gelegenheit bekommen, seine Fähigkeiten so gut
197 als möglich entwickeln zu können. An diesem Grundsatz müssen wir festhalten. Es handelt sich
198 also nicht um eine neue Idee, aber der Begriff hebt sich wohltuend von der Agenda-Terminologie
199 führender Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Vergangenheit ab.

200

201

202

203 Bildungspolitik

204

205 Wir treten für ein Bildungssystem ein, das Lernen als einen lebenslangen Prozess begreift.
206 Es muss für alle Bildungsschichten offen und durchlässig sein. Darüber hinaus muss jedem Kind
207 ermöglicht werden, seine Fähigkeiten unabhängig vom Elternhaus zu entwickeln. Hierbei geht es
208 darum, nicht nur ein Bildungssystem zu schaffen, in dem die oder der Einzelne Angebote
209 wahrnehmen kann, sondern es muss jedem einzelnen Kind dabei helfen und es unterstützen, eine
210 eigene Perspektive für sich und seine Zukunft zu entwickeln. Besonders im frühen Kindesalter
211 muss Bildung und Betreuung dabei Hand in Hand gehen.

212 Bildungspolitik ist gleichzeitig Zukunftspolitik und Gerechtigkeitspolitik. Bildung bleibt eine
213 staatliche Aufgabe.

214

215 Es müssen mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen werden. Gezielte
216 Förderung bei Kindern ist von Geburt an bildungspolitisches Leitziel. Dazu ist es notwendig, dass
217 mit Hilfe einer Gemeindefinanzreform den Kommunen finanzielle Mittel in die Hand gegeben
218 werden, damit eine qualitative Betreuung von Kindern zwischen 0 und 10 Jahren möglich ist. Die
219 Jusos bleiben bei ihrer Forderung nach gebührenfreien Kindergartenplätzen.

220

221

222 *1. Schule*

223 *a) Schulform*

224 Wir fordern die Einführung der Ganztagschule. Internationale und nationale Vergleichsstudien
225 belegen, dass das gegliederte Schulsystem Deutschlands den Ansprüchen der gerechten Förderung
226 aller Lernpotentiale nicht genügt und der Lernentwicklung aller Schülerinnen und Schüler
227 Schranken setzt. Ganztagschule bedeutet für uns dabei nicht den Vormittagsunterricht auf den
228 Nachmittag auszudehnen, sondern eine andere Art von Unterricht, welche den Bedürfnissen von
229 Kindern und Jugendlichen angepasst ist. Neue Formen des Lernens entwickeln, selbstbestimmt
230 und fächerübergreifend lernen, Neugier wecken, Begabungen gezielt fördern, musische,
231 künstlerische und sportliche Bildung einbeziehen, außerschulische Kooperationspartner in die
232 Schule integrieren, aber auch Eltern, Kinder- und Jugendparlamente und Elternbeiräte in die
233 schulischen Prozesse einbeziehen.

234 Die Einführung der Ganztagschule ist als Forderung in allen Programmen der SPD zu finden,
235 wurde aber bisher nirgends – auch nicht in Bundesländern, in denen die SPD über 30 Jahre an der
236 Regierung beteiligt war – flächendeckend eingeführt. Hier muss Politik auf Bundes- und
237 Landesebene – gerade in der SPD – mutiger werden. Die Kommunen sind dann in der Pflicht,
238 verantwortungsvolle und weitsichtige lokale Bildungsplanung zu entwickeln.

239

240 *b) Inhalte*

241 Neben den oben bereits beschriebenen Inhalten, die für uns zum Ganztagsschulbereich gehören,
242 finden wir wichtig, den Schülerinnen und Schülern über den Bereich Schule ein Gesellschaftsbild
243 zu vermitteln, in dem sie sich wieder finden und welches ihnen dabei hilft, eigene Ideen für ihr
244 Leben zu entwickeln und dabei die eigenen Begabungen und Interessen zu entdecken.

245 Für Kinder, welche mittlerweile in Familien groß werden, die in der dritten Generation
246 Sozialhilfeempfänger sind, ist es keinesfalls selbstverständlich, dass man in seinem Leben einer
247 geregelten Arbeit nachgeht, um den Lebensunterhalt zu verdienen. Hier muss Bildung und
248 Betreuung ansetzen, um diesen Kindern gerechte Möglichkeiten zu bieten. Das durchlässige
249 Bildungssystem ist eine richtige und wichtige Forderung der Sozialdemokratie der letzten Jahre.
250 Es stößt aber da massiv an seine Grenzen, wo Kinder aus sozial schwachen Familien nie die Idee
251 entwickeln (können), etwa für ein Studium geeignet zu sein. Ein Kind wird erst dann für die
252 Möglichkeit des Studiums arbeiten, wenn es sie für realistisch hält bzw. überhaupt erkennt. Dies
253 ist aber bei vielen Kindern aus sozial schwachen Familien überhaupt nicht mehr der Fall. Damit
254 hat unsere Gesellschaft den Boden einer gerechten Verteilung von Bildungschancen verlassen,

255 dieser massiven Ungerechtigkeit muss sozialdemokratische Politik konsequent entgegenwirken.

256

257 *2. Berufliche Ausbildung*

258 Unbedingte Voraussetzung für das Funktionieren der beruflichen Qualifizierung im Dualen
259 System ist die Gesamtverantwortung der Wirtschaft dafür, dass in den unterschiedlichen
260 Berufsfeldern die erforderlichen Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Daher halten wir an
261 der Forderung der Einführung der Ausbildungsplatzumlage fest. Der von Wolfgang Clement ins
262 Leben gerufene Ausbildungspakt ist gescheitert.

263

264 Das Duale Ausbildungssystem und feste Berufsbilder sind aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig fordern
265 wir aber die Möglichkeit der Anrechenbarkeit einzelner Leistung beim Abbruch einer Lehre. Es ist
266 nicht einsichtig, weshalb man gleiche Inhalte, die man beim Wechsel einer Lehre für
267 unterschiedliche Lehrberufe braucht, beim Abbruch einer Lehre doppelt belegen muss, obwohl
268 diese bereits abgeprüft und bestanden wurden.

269

270 Ferner fordern wir eine stärkere Mitbestimmungs- und Wahlmöglichkeit der Auszubildenden bei
271 den Lehrinhalten und damit verbunden den weiteren Ausbau von Ausbildungsverbänden, um ein
272 breites Angebot an Inhalten – unabhängig vom eigenen Lehrbetrieb – zu gewährleisten. Des
273 Weiteren ist die Bestandsgarantie für Berufsschulen sowie deren Ausstattung – gerade im
274 ländlichen Raum – zu gewährleisten.

275

276 *3. Studium*

277 Wir lehnen jede Form von Studiengebühren ab und protestieren vehement gegen den Beschluss
278 des Bundesparteitages in Karlsruhe, welcher für die SPD Studienkonten als sinnvolles Modell
279 festschreibt. Dies ist der falsche Weg. Unzählige Studien haben belegt, dass jede Form von
280 Studiengebühren dazu führt, dass Studierenden aus sozial benachteiligten und mittelständigen
281 Familien der Zugang zu den Hochschulen erschwert wird. Allein dieses Faktum macht deutlich,
282 dass Studiengebühren mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie keinesfalls vereinbar sind.

283

284 Im Gegenteil: der Zugang zu den Hochschulen muss weiter vereinfacht werden. Auch Frauen und
285 Männer ohne Abitur müssen den Zugang zu den Hochschulen ermöglicht bekommen. Deswegen
286 fordern wir, dass auch Personen, die etwa einen Meistertitel in einem Handwerksberuf erworben
287 haben, damit an die Hochschulen dürfen. Nur allzu oft wird die Entscheidung, ob ein Kind auf die

288 Realschule oder auf ein Gymnasium kommt, zu früh und falsch entschieden – was zeigt, dass auch
289 das dreigliedrige Schulsystem bei weitem überholt ist. Diese Fehlentwicklung darf sich aber nicht
290 auf das gesamte Leben auswirken. Deshalb muss man später trotz fehlenden Abiturs die
291 Möglichkeit zu einem Studium an einer Hochschule bekommen. Die Chancengleichheit an den
292 Hochschulen muss durch den Ausbau des elternunabhängigen BAföG – besser noch durch
293 Einführung des allgemeinen Grundeinkommens – gewährleistet werden.

294
295 Die Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung an allen deutschen Hochschulen ist die Basis für
296 die Profilierung einzelner Hochschulen in herausgehobenen Forschungsschwerpunkten. Diese
297 verdienen besondere staatliche Förderung, wenn sie den Anforderungen einer nachhaltigen
298 Entwicklung besonders dienen; diese darf sich allerdings nicht auf bestimmte, wirtschaftlich
299 unmittelbar zu nutzende Fächer beschränken.

300 Junge Menschen, die bereits ihr Studium aufgenommen haben, müssen in Deutschland endlich
301 auch die Möglichkeit bekommen, Studium und Familie zu verbinden. Deshalb muss an den
302 Hochschulen in den kommenden Jahren deutlich mehr für Studierende mit Kind getan werden.
303 Die Vereinbarkeit von Studium und Familie ist nämlich in den meisten Bundesländern kaum
304 möglich. Hier müssen durch Landesmittel Betreuungsangebote geschaffen werden, die es
305 Studierenden und wissenschaftlichem Personal ermöglichen, Kinder tagsüber in verlässliche
306 Betreuung zu geben. Dies wäre ein wichtiger Gesichtspunkt, um Studierenden in der Ausbildung
307 die Entscheidung für eine Familiengründung zu vereinfachen – die alleinige Befreiung von
308 Langzeitstudiengebühren wirkt hier eher als ein Treppenwitz.

309

310

311

312 **Frauen und Geschlechterpolitik**

313

314 Gerechtigkeit in der Gesellschaft ist nur mit Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Um dieses
315 Ziel Wirklichkeit werden zu lassen, liegt noch ein langer Weg vor uns. Einiges haben wir erreicht:
316 Das Gewaltschutzgesetz mit dem Grundsatz „Wer schlägt muss gehen!“ wurde erfolgreich
317 umgesetzt. Dies ist deshalb wichtig, weil Frauen und Kinder viel häufiger als Männer Opfer von
318 Gewalt sind. Das trifft insbesondere auf sexualisierte und häusliche Gewalt zu. Die
319 gesellschaftliche Ächtung von Gewalt gegen Frauen und Kinder ist für uns eine
320 Selbstverständlichkeit.

321 Ein weiterer frauenpolitischer Erfolg ist das eigenständige Aufenthaltsrecht für ausländische
322 Ehegattinnen.

323 Geschlechtsspezifische Verfolgung ist endlich als Asylgrund anerkannt.

324 Die Definition für Menschenhandel umfasst nun nicht nur Handel zum Zweck der Prostitution,
325 sondern auch Zwangsarbeit und Zwangsheirat.

326 Das Gleichstellungsgesetz für den Öffentlichen Dienst legte die Basis für den stetigen Anstieg der
327 Frauen in Führungspositionen. Dies zeigt deutlich, dass wir auch ein Gleichstellungsgesetz für die
328 Privatwirtschaft benötigen, denn eine von den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft 2001
329 unterschriebene Selbstverpflichtung hat bislang kaum etwas bewirkt.

330 Unserer Überzeugung nach ist es unerlässlich, dass zu dem anerkannten Grundsatz der Gleichheit
331 von Frauen und Männern auch „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gehört.

332 In unserer Gesellschaft wirken nach wie zwei gleich schlimme Widersprüche, nämlich
333 Kapitalismus und Patriarchat.

334 Der erstere ist bei uns anerkannt, bei dem letzteren streiten sich die Geister, da er unmittelbare
335 Folgen auf das private Leben der Geschlechter hat. Gleichberechtigung der Geschlechter heißt
336 Partizipation an der Macht, d.h. Machtverlust für Männer und Machtgewinn für Frauen.

337 Wenn ein Paar sich für Kinder entscheidet, sind es nach wie vor überwiegend die Frauen, die die
338 Erziehung der Kinder und die Organisation der Familie übernehmen. Da Männer in der Regel die
339 besser Verdienenden sind, ist es keine freie Entscheidung des Paares, wer sich primär um die
340 Erziehung des Kindes kümmert: Die Frauen müssen sich immer noch zwischen Beruf und Karriere
341 entscheiden. Wir wollen, dass die ökonomischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit
342 Frauen und Männer sich tatsächlich individuell frei für Elternzeit entscheiden können. Auch
343 deshalb scheint ein Grundeinkommen sinnvoll.

344

345 Partizipation heißt aber auch, dass wir innerhalb unserer Organisation dafür eintreten, dass alle
346 Posten zur Hälfte mit Frauen besetzt sind. Die Quotenfrage ist bei uns umstritten. Frauen wollen
347 keine Quotenfrau sein, weil sie dies als Abqualifizierung empfinden, und sie wollen aufgrund ihrer
348 Kompetenzen gewählt werden. Dennoch halten wir an der Forderung fest, weil ohne
349 Gleichstellungsvorschrift Frauen ihre Kompetenzen nur unzureichend einbringen können, da sie
350 aufgrund der bestehenden Machtstrukturen schlicht nicht gewählt werden. Politik funktioniert
351 über (Männer)Seilschaften – um diese Strukturen zu ändern, benötigen wir das Instrument der
352 Gleichstellungsvorschrift, denn wer gibt schon freiwillig Privilegien ab?

353

354 Frauenpolitik ist für uns eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikfeldern Bedeutung hat:
355 - Wo wir Jusos in Parlamenten vertreten sind, setzen wir uns für die gezielte Förderung einzelner
356 Frauen oder auch Frauengruppen ein. Wir fordern, dass das Prinzip des Gender Mainstreaming
357 durchgängig in Politik und Verwaltung umgesetzt wird.
358 - Wir setzen uns verstärkt für die Gründung von Unternehmerinnennetzwerken ein.
359 - In jeder Stadt gibt es angstbesetzte Räume wie Unterführungen, schlecht ausgeleuchtete
360 Straßen, dunkle Ecken und Plätze, die von Frauen gemieden werden. Diese Räume gilt es durch
361 bauliche Maßnahmen für Frauen wieder zugänglich zu machen.
362 - Wir legen großen Wert auf die Feststellung, dass Frauenpolitik nicht dasselbe ist wie
363 Familienpolitik – auch wenn wir wissen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales
364 politisches Anliegen ist.
365 - Wir setzen uns für die Grundsätze des Gender Budgeting bei der Haushaltslegung auf allen
366 Ebenen ein.

367

368

369

370 **Wirtschaften mit Zukunft**

371 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten arbeiten auf einen anderen Wohlstandsbegriff
372 und einen anderen Lebensstil hin. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere Grundwerte.
373 Dies bedeutet für uns eben nicht die Unterordnung des Individuums unter materielle Zwänge. Die
374 SPD steht für die Befreiung von ungerechtfertigten und überwindbaren Zwängen.

375

376 Eine allein an den kurzfristigen Wachstumsinteressen ausgerichtete Politik zerstört nicht nur unser
377 Land. Sie zerstört die Lebensperspektiven zukünftiger Generationen. Deshalb ist das Einbeziehen
378 von Risiken und von Unwissenheit in politische Entscheidungen zwingende Bedingung, um
379 Verantwortung tragen zu können.

380

381 Der damit verbundene Begriff der „Nachhaltigkeit“ bedeutet, Wissen der Gegenwart mit den
382 Konsequenzen für die Zukunft zu verknüpfen. Daraus erwachsen verantwortbare Positionen über
383 eine Legislaturperiode hinaus. Zudem heißt dies, den Bereich des menschlichen Zusammenlebens
384 und den der Umwelt und deren Regelkreisläufen – Ökologie – zu verknüpfen. Für die SPD folgt
385 daraus, am sozialökologischen Umbau und der Weiterentwicklung unserer Industriegesellschaft
386 weiter zu arbeiten.

387 Das "anglo-amerikanische Wirtschaftsmodell" eines sich weiter steigenden Rohstoffverbrauches
388 bei gleichzeitig sich verringerndem Anteil am Reichtum für die benachteiligten
389 Bevölkerungsgruppen führt in eine verheerende gesellschaftliche und ökologische Sackgasse.
390 Daher wird die SPD mit der Alternative einer auf den Traditionen der kontinentaleuropäischen
391 Entwicklung aufbauenden Wirtschaftsordnung die Zukunft des gemeinsamen Europas befruchten.

392
393 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten heißt dies, die Produktionsweise und die
394 Konsumweise schrittweise verändern zu müssen. Wir müssen auch die Ursachen der ökologischen
395 und der auf die Erwerbsarbeit bezogenen Krisenerscheinungen durch politische Eingriffe
396 zurückdrängen. Dazu ist eine transparente volkswirtschaftliche Wertrechnung, die den Verbrauch
397 von Natur- und Humanressourcen sichtbar macht und nicht ausschließlich volkswirtschaftliche
398 Nettowertschöpfung berücksichtigt, erforderlich. Damit wird ökologisches Wachstum zum Kern
399 der wirtschaftlichen Entwicklung der Zukunft.

400 Das gilt auch für die Herausforderungen an technische Entwicklungen. Es geht bei diesem
401 Wettbewerb um die ökologisch verträglichste Technik. Sie muss sich einer ökologisch orientierten
402 Risikofolgenprüfung unterziehen.

403 Der ökologisch verträgliche Produktionsprozess beruht auf der Minimierung des
404 Rohstoffeinsatzes, der effizienten Verarbeitung, der geringst möglichen Emission von
405 Schadstoffen und dem höchst möglichen Recycling. Die Produkte und Dienstleistungen müssen
406 ökologisch verträglich sein. Handel und Transport muss ökologische Prinzipien berücksichtigen.
407 Der Arbeitsprozess muss sich dem Prinzip der Gesundheitsförderung und
408 Gesundheitsverträglichkeit unterwerfen. Als Steuerungsinstrument muss ein umfassendes und
409 zielgerichtetes System von Umweltabgaben und Steuern entwickelt werden.

410
411 Das bedeutet auch und gerade, die entscheidenden Wachstumsimpulse nicht in erster Linie in dem
412 Verzicht auf Staatsquote zu sehen. Die unter Ökonomen grassierende Hoffnung, langfristiges
413 wirtschaftliches Wachstum in erster Linie durch Verzicht auf die in Generationen angehäuften
414 Reichtümer in staatlicher Hand zu erreichen, ist eine Sackgasse.

415
416 Wichtig wird gerade die staatliche Steuerungsfunktion in europäischem und internationalem
417 Rahmen sein. So sind die Besteuerung von Kapitaltransfers (Tobin-Steuer), die Belastung
418 ökologisch zerstörerischer Produktionsweisen (Öko-Steuer) und die Offenlegung der weltweiten
419 Finanzströme Bedingung für die Eingrenzung der selbstzerstörerischen Märkte. Der Vermachtung

420 und Kontrolle von ganzen Märkten durch einige wenige Unternehmen darf die
421 Staatengemeinschaft nicht unbeteiligt zusehen.

422
423 Im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik wird daher das qualitative Wachstum stehen. Wachstum
424 muss sich, gerade in ökonomischen Krisenzeiten, sowohl an der Erhaltung der Umwelt wie auch
425 der sozialen Verträglichkeit, hier in der Bundesrepublik, der Europäischen Union und weltweit,
426 messen lassen.

427
428 Die Aufwertung der Faktoren Arbeit und Umwelt gegenüber reinen Kapitalinteressen ist daher
429 der richtige Weg. Die SPD trägt dabei als Schrittmacher in einer der stärksten Industrienationen
430 eine besondere Verantwortung.

431
432 Die Philosophie des „Shareholder Value“ steht dieser Grundüberzeugung entgegen. Die Lenker
433 des vagabundierenden Kapitals, das die Märkte nur als Spekulationswelten wahrnimmt,
434 orientieren sich allein an kurzfristigen Verwertungsinteressen. Dabei wird häufig die langfristige
435 Perspektive, angesichts mangelnder kurzfristiger Profitabilitätserwartungen, zerstört. Die
436 Sozialdemokratie wird hier in Zukunft die Wirtschaft überzeugen müssen, den soziologischen
437 Ansatz des „Vertrauens als Organisationsprinzip“ auch für Ökonomie zu überzeugen. Das
438 Vertrauensprinzip muss sich als Grundlage für Verantwortung der Wirtschaft gegenüber den
439 Belegschaften durchsetzen.

440
441 Der Aktienwert stellt nämlich keineswegs eine adäquate Abbildung des langfristigen
442 Unternehmenswertes per se dar. Vielmehr ist er ein Amalgam aus Spekulation, relativer Stellung
443 am Kapitalmarkt, grundierter Werthaltigkeit und schließlich erwarteter Zukunft.

444
445 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine nachhaltige Entwicklung weltweit
446 durchsetzen. Hierbei setzen wir auf ein „global governance“ und nicht auf ein „global
447 government“. Durch die weitgehend identischen Ziele der sozialdemokratischen Parteien weltweit
448 besteht die Chance zu einer machtvollen Vernetzung bei möglichst enger Einbeziehung der
449 Gewerkschaftsbewegungen. Hieraus erwächst uns allerdings auch eine besondere Verantwortung,
450 der wir gerecht werden müssen.

451

452

453 Steuerpolitik

454
455 Nach Einführung des Euro und damit einer europäischen Zinspolitik durch die Europäische
456 Zentralbank bleibt für nationale Regierungen nur noch die Steuer- und begrenzt die
457 Wirtschaftspolitik, um die nationalen Volkswirtschaften zu beeinflussen. Durch zunehmende
458 internationale Verflechtungen im Zuge der Globalisierung sind jedoch auch dieser Politik Grenzen
459 gesetzt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Wirtschaft Politik zwangsläufig frei bestimmen kann,
460 vielmehr haben nationale Regierungen möglichst im Konsens mit den anderen die Aufgabe, Folgen
461 der Globalisierung für die Bürgerinnen und Bürger in erträgliche Bahnen zu lenken.
462 Steuerpolitik in einer modernen Volkswirtschaft hat daher die Aufgabe, Lenkungsfunktion für die
463 wirtschaftliche Gesamtentwicklung zu übernehmen, Verteilungsgerechtigkeit zu bewirken und
464 ökologisch sinnvolles Verhalten zu initiieren und voranzutreiben.

465 466 *1. Wirtschaftliche Lenkungsfunktion*

467 Die Steuer- und Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre hat auf Steuerentlastungen auf breiter
468 Front gesetzt: Der Eingangssteuersatz der Einkommensteuer wurde von 26 % in 1998 auf 15 %
469 zum 01.01.2005 gesenkt. Der Spitzensteuersatz reduzierte sich im gleichen Zeitraum von 53 %
470 auf 42 %. Die Vermögensteuer wurde zuletzt 1996 erhoben. Insgesamt bedeutet dies
471 Steuerentlastungen im Bereich der Einkommensteuer von etwa 40 Milliarden Euro. Durch den
472 Verzicht auf die Erhebung einer privaten Vermögensteuer entgingen dem Fiskus ca. 8 Milliarden
473 Euro jährlich.

474 Daneben wurden auch deutliche Entlastungen im Bereich der Körperschaftssteuer gewährt, die
475 systembedingt kurzfristig Einnahmeausfälle in der Größenordnung der
476 Einkommensteuersenkungen ausmachten. Eine antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik ist
477 mittlerweile in Folge des hohen Staatsdefizits unmöglich geworden.

478 Sozialdemokratische Steuerpolitik muss daher darauf hinwirken, dass Spielräume für antizyklische
479 Wirtschaftspolitik wieder geschaffen werden. Dazu müssen adäquate Steuereinnahmen erreicht
480 werden.

481 Steuersenkungen sind nur insoweit sinnvoll, wie sie die Binnennachfrage positiv beeinflussen.
482 Gleichzeitig ist eine stärkere Belastung von höheren Einkommen und Vermögen unerlässlich, um
483 die Aufgaben des Staates zum Wohle aller erfüllen zu können. Auch eine höhere
484 Mehrwertbesteuerung für Luxusgüter muss denkbare Variante sozialdemokratischer
485 Steuerpolitik sein.

486 *2. Verteilungsgerechtigkeit*

487 In den letzten 20 Jahren sank der Anteil der Steuereinnahmen auf Gewinneinkünfte am
488 Gesamtsteueraufkommen kontinuierlich, während der Anteil der Lohnsteuer permanent anstieg.

489 Aufgabe sozialdemokratischer Politik muss daher sein, die Besteuerung von
490 Arbeitnehmereinkünften zurückzuführen und die Steuern auf die übrigen Einkommen zu steigern.

491 Im Zuge dieser Zielsetzung verbietet sich eine Sonderbesteuerung auf Kapitalerträge. [warum?
492 Das sind doch gerade „übrige Einkommen“, sozusagen klassische Kapitalisteneinkommen...]

493 Dazu muss die Steuerverwaltung von den Ländern auf den Bund übergehen, um
494 Erhebungsgerechtigkeit zu erreichen. Die unterschiedlichen Praktiken der Steuererhebung in den
495 Ländern und das Institut des Länderfinanzausgleichs führen zu erheblichen Einnahmeausfällen, die
496 zu Lasten des Gemeinwohls gehen.

497 Zur Förderung der Steuergerechtigkeit muss für Zwecke der Steuererhebung das Bankgeheimnis
498 wegfallen.

499 Die insbesondere von konservativen Kräften in Deutschland geforderte Vereinfachung des
500 Steuerrechts ist kaum mehr als der nur notdürftig verschleierte Versuch, die Bezieher von
501 Spitzeneinkommen nochmals deutlich zu entlasten. Die SPD stellt sich einer solchen Forderung
502 entgegen. Für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen würden sich propagierte
503 Steuersenkungen, insbesondere für eine Vielzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ins
504 Gegenteil verkehren, wenn gleichzeitig z.B. die Zuschläge für Sonn- Feiertags- und Nachtarbeit
505 versteuert würden und die Entfernungspauschale völlig entfiel.

506
507 Für uns ist nicht einsichtig, dass Betriebe ihre gefahrenen Kilometer in weit höherem Maße als
508 Betriebsausgaben absetzen können als die Entfernungspauschale ausmacht. Die SPD strebt daher
509 den Wegfall der sog. Dienstreisesätze zugunsten einer einheitlichen Kilometerpauschale für alle
510 an.

511 Verteilungsgerechtigkeit ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch die gerechte
512 Verteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden.

513 Den Gemeinden kommt als Hauptinvestor der öffentlichen Hand eine besondere Bedeutung zu.
514 Daher müssen die finanziellen Spielräume der Kommunen erweitert werden.

515 Der Umbau der Gewerbesteuer ist daher unausweichlich. Es gibt keine Begründung dafür, warum
516 die in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur eingeführte Befreiung der Freiberufler von der
517 Gewerbesteuer weiterhin aufrechterhalten werden soll. Auch muss durch weitere Senkung der
518 Gewerbesteuerumlage ein größerer Anteil bei den Kommunen verbleiben.

519 *3. Ökologisches Steuerungsinstrument*

520 Ökologisch sinnvolles Verhalten braucht breite gesellschaftliche Akzeptanz und finanzielle
521 Anreize.

522 Ziel sozialdemokratischer Politik ist daher, Umwelt und Steuerpolitik in Einklang zu bringen. Die
523 Kfz-Steuer muss daher in ihrer Erhebungsform neu strukturiert und Elemente, wie z.B.
524 Verbrauch, wesentlichere Berücksichtigung finden.

525 Die SPD befürwortet nicht, dass das Einkommensteuerrecht grundsätzlich ökologisch umgestaltet
526 wird, weil sich systembedingt nur die Bezieher höherer Einkommen schadlos halten können.
527 Umweltpolitik darf nicht zu einer Schickeriaveranstaltung für Besserverdienende verkommen. Die
528 betrieblichen Abschreibungsvorschriften sollten allerdings langfristig um weitere ökologische
529 Elemente ergänzt werden.

530 Im privaten Bereich muss das System der direkten Zuschussung von ökologischen Projekten
531 verstärkt werden. Allerdings müssen dabei einkommensabhängige Varianten langfristig stärker
532 Berücksichtigung finden.

533

534

535

- ☒ angenommen
- ☒ abgelehnt
- ☒ überwiesen an